

Sondersitzung des Landtags

Priggen: Kommunalfreundliche Landespolitik muss auch im Bund vertreten werden

Anlässlich der Sondersitzung des Landtags zu den Kommunal финанzen erklärt **Reiner Priggen MdL**, Fraktionsvorsitzender:

“Ich begrüße es sehr, dass es zu einer Verständigung von SPD, GRÜNEN und CDU gekommen ist. Ungeachtet des politischen Wettbewerbs, in dem die Fraktionen stehen, macht die bedrohliche Situation der Kommunen es erforderlich, hier mit einer deutlich akzentuierten breiten Mehrheit klarzumachen, dass es so nicht weitergehen kann. **Die Kommunen werden von den ständig steigenden Sozialausgaben in eine Situation gebracht, die es ihnen völlig unmöglich macht, ihre Haushalte zu sanieren. Sie sind in einer Vergeblichkeitsfalle. Auch wenn sie alle Sparanstrengungen verstärken, können sie die steigenden Sozialkosten nicht auffangen.** Das sind unter anderem die Kosten für Unterkunft und Heizung für Langzeitarbeitslose und Familien, die Kosten für die Kinder- und Jugendhilfe, die Kosten für die Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderungen, die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbslosenminderung und die Kosten der Hilfe zur Pflege. Diese Kosten machen in bestimmten Regionen mittlerweile den Löwenanteil des Haushalts aus. In der Städtereion Aachen, die ein Haushaltsgesamtvolumen von 500 Mio. Euro hat, betragen diese z.B. 67,5 Prozent aller Ausgaben.

Dazu kommt, dass immer wieder Maßnahmen des Bundes durchschlagende Wirkung auf die Haushalte des Landes und auch der Kommunen haben und regelmäßig zu Einnahmenminderungen führen. Wir brauchen eine andere Lastenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Der Bund muss 50 Prozent der Sozialleistungen übernehmen. Ansonsten haben Kommunen und Land keine Chance ihre Haushalte in den Griff zu bekommen.

Bei allen weiteren Gesetzesvorhaben des Bundes muss auch das Konnexitätsprinzip gegenüber dem Land beachtet werden. Es ist im Land nicht aufzufangen, wenn Gesetze des Bundes immer wieder zu massiven Einnahmeverlusten oder zu zusätzlichen

Belastungen führen.

Entscheidend ist aber, dass der heutige Konsens auch von den Parteien in die Bundestagsfraktionen getragen wird und dort zu Konsequenzen führt.“

verantwortlich:

Sigrid Beer MdL

- parlamentarische Geschäftsführerin -

gruene-pressestelle@landtag.nrw.de

ZUKUNFT IST JETZT